

BUNDESHAUS LOBBYING-AFFÄRE

Markwalders Fauxpas löst Flut von Vorstössen aus

Als Reaktion auf die sogenannte Kasachstan-Affäre sind im Parlament zahlreiche Vorstösse eingereicht worden. Gefordert wird mehr Transparenz bei Interessenvertretern.

Gross war die Empörung, nachdem bekannt geworden war, dass die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder eine in Kasachstan redigierte Interpellation eingereicht hatte. Eingefädelt und entworfen wurde diese von Marie-Louise Baumann. Der PR-Profi von Burson-Marsteller überarbeitete den Text mehrfach nach Rücksprache mit ihrem kasachischen Klienten und stellte dafür knapp 7200 Franken in Rechnung.

Für Parlamentarier von links bis rechts war die Kasachstan-Affäre Anlass dazu, mit Vorstössen mehr Licht in die Zusammenarbeit zwischen Lobbyisten und Bundespolitikern zu bringen. Am schnellsten reagierte der Aargauer SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Noch am Tag, an dem die NZZ die Kasachstan-Affäre publik gemacht hatte, reichte er die Motion «Transparentes Lobbyregister» ein. Reimann profitierte davon, dass er 2009 einen gleich lautenden Vorstoss lanciert hatte, der nach zwei Jahren ohne Behandlung im Rat abge-

schrieben worden war. Konkret fordert Reimann die Schaffung eines Registers, in dem Lobbyisten detailliert Auskunft geben müssen. Ob Reimanns Motion bei den Parlamentariern diesmal auf grösseres Interesse stösst, ist unsicher (siehe Kasten).

Die im Zusammenhang mit Lobbying eingereichten Vorstösse haben im Wesentlichen drei Stossrichtungen.

Mehr Transparenz bei Lobbyisten: Ähnliche Ziele wie Reimann verfolgen auch drei parlamentarische Initiativen. Nationalrat Andrea Caroni (FDP, AR) möchte genauere Informationen über Lobbyisten mit Zutrittskarte zum Bundeshaus. Diese sollen im bestehenden öffentlichen Register nicht nur ihre Public-Affairs-Unternehmung offenlegen müssen, sondern auch für welche Mandanten sie im Bundeshaus tätig sind. Der Neuenburger SP-Ständerat Didier Berberat verlangt, dass Lobbyisten, die Zutritt zum Parlamentsgebäude wünschen, sich akkreditieren und jedes Mandat angeben müssen. Die grüne Fraktion wiederum will, dass auch Personen, die von Parlamentariern eine temporäre Zutrittsberechtigung zum Bundeshaus erhalten, in einem öffentlichen Register aufgeführt werden.



In der Praxis könnten solche Anforderungen an die Transparenz allerdings umgangen werden. Wie der «Blick» gestern berichtete, wurden Interessenvertreter von Parlamentariern mehrfach als persönliche Mitarbeiter ausgeben, sodass ihre Lobbyistenfunktion nicht erkennbar war.

Transparenz bei Parlamentariern: Auch Parlamentarier vertreten Interessen und sind gewissermassen Lobbyisten in eigener Sache. Mehrere parlamentarische Initiativen verlangen deshalb mehr Klarheit über deren Interessenbindungen. So fordert der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller, dass Einkünfte aus Tätigkeiten, die unter die Offenlegungspflicht fallen, abgestuft deklariert werden. Demnach müsste zum Beispiel ein Verwaltungsratsmandat, das mehr als 250000 Franken einbringt, der höchsten Stufe 10 zugeordnet werden. Auskunft über die Entschädigungen aus Interessenbindungen wollen auch die Grünen. Einen Schritt weiter geht die SP-Fraktion. Nicht nur Einkünfte aus Interessenbindungen ab einer gewissen Höhe sollen gemeldet werden, sondern auch solche aus beruflichen Tätigkeiten, «die geeignet sind, den Anschein von Abhängigkeit des Parla-

mentsmitglieds von Interessengruppen zu erwecken». Nationalrätin Nadine Masshardt (SP, BE) wünscht sich, dass Parlamentarier Einzelspenden ab 5000 Franken offenlegen müssen. Masshardt fordert zudem eine gesetzliche Regelung von Informationsreisen auf Einladung von Interessenorganisationen. Teilnehmen dürfe nur, wer die Reisekosten selber bezahle. Weitere Vorstösse zum Thema Lobbying, darunter jener von Kathrin Bertschy (GLP, BE), sind hängig (siehe Text unten).

Entlastung von Parlamentariern: Nationalrat Matthias Aebischer (SP, BE) fordert in einer parlamentarischen Initiative für Parlamentarier einen persönlichen Mitarbeiter mit einem Pensum von maximal 80 Prozent. Er begründet dies mit der massiv gestiegenen Arbeitsbelastung. Viele Parlamentsmitglieder seien überlastet oder überfordert. In der Kasachstan-Affäre musste sich Markwalder auch vorwerfen lassen, sich zu wenig über die innenpolitischen Verhältnisse in Kasachstan informiert zu haben. Mit der Hilfe eines persönlichen Mitarbeiters hätte sie die verhängnisvolle Interpellation möglicherweise nicht eingereicht.

Philipp Hufschmid

POLITISCHE CHANCEN

Nur ein Sturm im Wasserglas?

In den vergangenen Jahren versuchten Parlamentarier mit einer Reihe von Vorstössen, Lobbyisten stärker an die Kandare zu nehmen und beim Einfluss von Interessenvertretern mehr Transparenz zu schaffen. Diese Versuche sind **regelmässig geseheitert oder versandet**. Mit dem Fall Kasachstan (siehe oben) kam es zu einer regelrechten Schwemme von Vorstössen zu diesem Thema.

In den meisten Fällen dürfte die Staatspolitische Kommission für die Vorberatung zuständig sein. **Heinz Brand (SVP, GR) glaubt nicht, dass von den jüngsten Vorstössen am Ende viel übrig bleibt**. Denn erstens gebe es schon ein hohes Mass an Transparenz und zweitens zweifelt er daran, dass das Milizparlament einen Schritt weitergehen will. Ähnlich **skeptisch** äussern sich selbst Autoren der Vorstösse.

FDP-Nationalrat Andrea Caroni AR ist immerhin für seine eigene parlamentarische Initiative zuversichtlich (siehe oben). Das sei der unbestrittene Teil seines Vorstosses, der schon einmal knapp abgelehnt worden sei.

Doch selbst für solchen einen kleinen Schritt gibt es **gesetzgeberische Hürden**, auf die Nationalrat **Balthasar Glättli (Grüne, ZH)** hinweist. So dürfte es schwierig werden zu verhindern, dass sich gewisse Lobbyisten hinter dem Anwaltsgeheimnis verstecken können. Die Grünen fordern in vier verschiedenen Vorstössen mehr Transparenz (siehe auch Haupttext).

Einen anderen Ansatz wählt SP-Nationalrat Matthias Aebischer BE: Als Auslöser der Kasachstan-Affäre sieht er die **Überlastung der Parlamentarier**, die oft Politik und Beruf unter einen Hut bringen müssen. Sein

Ansatz mit besserer personeller Unterstützung der Parlamentarier findet auch bei Bürgerlichen wie Heinz Brand Anklang, der die parlamentarische Initiative mitunterzeichnet hat. Caroni hingegen befürchtet, dass diese Vorlage ein erster Schritt hin zu einem Profiparlament wäre – womit **eine alte Forderung der Linken** erfüllt würde. Das bestreitet Aebischer: Seiner Ansicht nach erhalten die Politiker so weniger Geld, dafür aber mehr Know-how. Die Ratsdebatte dazu könnte spannend werden.

Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG) hat eine bereits einmal eingereichte Motion rezektiert. Ihr gibt Caroni **schon rein formal keine Chance**: Denn eine Motion richte sich an den Bundesrat. Beim von Reimann geforderten Lobbyistenregister müsse das Parlament aber selber die Initiative übernehmen. **ki**

Aus Anstand in den Ausstand: Bauern sollen sich zurückhalten

GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy nimmt die vorbereitenden Kommissionen ins Visier: Parlamentarier sollen dort in den Ausstand treten, wenn ihr Einkommen direkt betroffen ist. Ihr Vorstoss zielt gegen die Bauern. Deren Präsident wehrt sich.

Am Anfang sei sie schockiert gewesen, sagt Kathrin Bertschy. Als sie nach ihrer Wahl in den Nationalrat 2011 miterlebte, wie ungeniert Landwirte im Parlament ihre finanziellen Eigeninteressen vertreten, habe sie das verblüfft. «Ich hätte erwartet, dass sie anstandshalber in den Ausstand treten, wenn sie direkt betroffen sind», sagt die grünliberale Bernerin. Dass sie es bis heute nicht tun, zeigt aus Bertschys Sicht, dass die Lobbyismus-Debatten der letzten Wochen am Parlament vorbei gingen: «Die stärksten Lobbys sitzen im Parlament selber».

Darunter gibt es solche, die persönlich Geld aus der Bundeskasse beziehen – unter anderem

die Bauern. Ihnen will Bertschy das Handwerk wenigstens teilweise legen: Mit einem neuen Vorstoss fordert sie, dass in der geheimen Vorberatung in den Kommissionen alle Parlamentarier in den Ausstand treten müssen, deren persönliches Einkommen vom jeweiligen Geschäft betroffen ist.

Die «Einwechslungen»

Landwirte dürften also nicht mehr mitreden, wenn die Kommission beispielsweise über die Direktzahlungen diskutiert. Sie könnten erst später Einfluss nehmen, wenn das Geschäft in den National- oder Ständerat kommt. «Das ist das Mindeste», findet Bertschy, «es geht nicht, dass die



Kathrin Bertschy will Einflussnahme in eigener Sache erschweren.

Bauern im Versteckten in der Kommission Einfluss nehmen, ohne dass dies transparent wird.» Zumal sie dies einigermaßen



Markus Ritter findet, die Idee zielt an der Realität vorbei.

orchestriert machen: Wenn die Wirtschaftskommission, in der Bertschy sitzt, Landwirtschaftsthemen berät, werden offenbar

regelmässig Bauern «eingewechselt», die der Kommission nicht angehören. Sie vertreten ihre Parteikollegen, die ordentlich in die Kommission sitzen, sich für die Sitzung aber abgemeldet haben, da sie verhindert sind. Dass solches vorkommt, bestätigen sogar Bauernvertreter.

Kathrin Bertschy nervt sich, die Wirtschaftskommission werde von den Bauern zeitweise regelrecht lahmgelegt, indem sie immer weitere Untersuchungen und Studien verlangten. «Die Hälfte unserer Zeit geht für die Landwirtschaft drauf.» Andere Themen kämen oft zu kurz.

«Eine Schnapsidee»

Falls Bertschys Idee eine Mehrheit findet, hätte Markus Ritter künftig mehr Freizeit: Da er Bauer ist, müsste der CVP-Nationalrat und Präsident des Schweizer Bauernverbands diverse Kom-

missionssitzungen auslassen. Entsprechend gering ist die Begeisterung des St.Gallers: «Das ist eine Schnapsidee», sagt Ritter. Er sieht erstens «überhaupt kein Problem» darin, dass Bauern schon in der Vorberatung Einfluss nehmen auf Entscheide, die ihr Budget betreffen. «Dank der klaren Auflistung aller Mandate im Parlament ist für alle transparent, wer welche Interessen vertritt.» Zweitens sagt Ritter, es sei fast unmöglich, sauber abzugrenzen, für wen die Ausstandsregeln gelten müssten. Wären auch die diversen Verwaltungsräte von Krankenkassen in den Gesundheitskommissionen betroffen? Oder, fragt Ritter, treten alle Unternehmer in den Ausstand, wenn die Unternehmenssteuern reformiert werden? «Die SP und die Grünen würde das sicher freuen.» Ritter hat noch ein anderes Beispiel auf Lager: Müsst

à la Bertschy alle Hauseigentümer in den Ausstand, wenn wieder mal der Eigenmietwert aufs Tapet kommt? «Und was ist mit uns Parlamentariern? Müssen wir alle in den Ausstand treten, wenn wir unsere eigene Entschädigung festlegen?»

Kathrin Bertschy verhehlt nicht, dass ihr Vorstoss noch nicht ausgereift ist: Sie habe ihn absichtlich offen formuliert, um eine Diskussion anzustossen und eine kluge Regelung zu finden. Bertschy sagt, man müsse unbedingt auch über die Rolle anderer Lobbys reden: Die Liste sei lang und reiche von Vertretern der Krankenkassen oder der Energiekonzerne bis zu den Anwälten. Aber eines steht für Bertschy fest: «Wer wie die Bauern einen grossen Teil des Einkommens direkt aus der Bundeskasse erhält, sollte sich in den Kommissionen zurückhalten.» **Fabian Schäfer**

Zäher Plastiksack

VERBOT Das Parlament muss sich schnell über ein Verbot von Wegwerf-Plastiksäcken aussprechen. Über zwei Jahre nach der Annahme eines entsprechenden Gesetzes ist das Verbot im Rat noch nicht in Kraft getreten. Die Kommission für die Vorberatung ist im Juli 2014 mit dem Verbot der Wegwerf-Plastiksäcke beauftragt worden. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, das Verbot der Wegwerf-Plastiksäcke zu beschleunigen. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, das Verbot der Wegwerf-Plastiksäcke zu beschleunigen.

Mehr Grenzwächter

VERBOD Die kantonalen Polizeidirektoren wollen die Weggrenze der Schweiz mit mehr Grenzschutzeinheiten stärken. Eine Schließung der Grenze hingegen sei nicht praktikabel.

Die drei kantonalen Polizeidirektoren von Graubünden und Valais haben im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Weggrenze der Schweiz mit mehr Grenzschutzeinheiten zu stärken. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Weggrenze der Schweiz mit mehr Grenzschutzeinheiten zu stärken.

Die drei kantonalen Polizeidirektoren von Graubünden und Valais haben im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Weggrenze der Schweiz mit mehr Grenzschutzeinheiten zu stärken. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Weggrenze der Schweiz mit mehr Grenzschutzeinheiten zu stärken.

Die drei kantonalen Polizeidirektoren von Graubünden und Valais haben im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Weggrenze der Schweiz mit mehr Grenzschutzeinheiten zu stärken. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Weggrenze der Schweiz mit mehr Grenzschutzeinheiten zu stärken.

In Kürze

GRÜNDUNGSANTRAGEN Zahl unterstützter Rentner wächst

Die Zahl der Rentner, die einen Antrag auf eine Rente gestellt haben, ist im Jahr 2014 um 10 Prozent gewachsen. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Zahl der Rentner zu erhöhen.

GRÜNDUNGSANTRAGEN Zahl unterstützter Rentner wächst

Die Zahl der Rentner, die einen Antrag auf eine Rente gestellt haben, ist im Jahr 2014 um 10 Prozent gewachsen. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Zahl der Rentner zu erhöhen.

Luzerner revolutionieren Bau von E-Gitarren



RELAX BROTHERS haben das neueste E-Gitarre des Luzerner Start-ups Relax Brothers. Es soll durch eine Neuerung im Halswerkzeug sein.

Die beiden Luzerner Musik- und Filmproduzenten Relax Brothers haben im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Zahl der Rentner zu erhöhen.

Die beiden Luzerner Musik- und Filmproduzenten Relax Brothers haben im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Zahl der Rentner zu erhöhen.

Die beiden Luzerner Musik- und Filmproduzenten Relax Brothers haben im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Zahl der Rentner zu erhöhen.

SERIE Die besten Start-ups

Die besten Start-ups des Jahres 2014 sind die besten Start-ups des Jahres 2014. Die Kommission hat im Juli 2014 einen Bericht an den Rat vorgelegt. Der Bericht enthält eine Empfehlung, die Zahl der Rentner zu erhöhen.

digitec.ch
5 von 69 416 Artikeln
379.- Lenovo G50-70
379.- LG G4
399.- Samsung Galaxy Tab A
399.- Asus RT AC3200
399.- Asus M32AD